

Zeitung

1704.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seitenrubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Österreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreissliste S. 222, für Gross Berlin bei allen Zeitungs-spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebeneehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungsgespediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post monatlich 1 M. 60 Pf. oder vierteljährlich 4 M. 60 Pf. aussch.
Bestellgebühren: Anzeigen ohne Bild 10 Pf., mit Bild 20 Pf.; für die Steilengesehe
sonst amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 1 Monat gratis; sonst 10 Pf. pro Zeile
Reise und Wanderung 60 Pf., Abendausgabe 50 Pf. im übrigen Berechnung nach Gebühr und Fahr-
tarif. Haupt-Expedition: C. 2, Breite Str. 9/A. Filial-Expeditionen: W. 8, Potsdamer Str. 134A,
W. 60, Tauentzienstr. 7, W. 62, Luthenstr. 1, S. 14, Neue Börse 18, O. 27, Holzmärkte Str. 18,
Bz. 8690, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640 10 641.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils)
H. Bachmann in Berlin.

Prinz Ludwig, des Königreichs Bayern Verweiser, hat es am 22. Dezember 1912 in der Rundgebung an den Ministererrat als seinen „bestimmten Wunsch“ bezeichnet, „daß zurzeit von irgendwelchen Maßnahmen zur Beendigung der Regentschaft abgesehen werde“. Der Freier v. Hertling hatte mit den Parteien Verhandlungen über solche Maßnahmen gepflogen, aber nur einen schweren Mißerfolg erreicht. Infolgedessen blieb es bei der Regentschaft, und Prinz Ludwig leistete den Eid:

„Ich schwöre, den Staat in Gemäßheit der Verfassung und der Gesetze des Reiches zu verwalten, die Integrität des Königsreichs und die Rechte der Krone zu erhalten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.“

Dennoch ist es von der Frage „Regent oder König?“ nicht
hinausgerathen. Das ist begreiflich, da sich der Wille des
Prinzen Ludwig, von Maßnahmen zur Aenderung des gegen-
wärtigen Zustandes abzuheben, nur auf den Zeitpunkt des Er-
lasses bezieht. Er steht neuen Verträgen zur Ordnung der
Angelegenheit nicht im Wege. In der bayerischen Presse ist
denn auch die Debatte darüber wieder in vollem Gang, und
die Regierung hat mit der Veröffentlichung ihres staatsrecht-
lichen Gutachtens eingegriffen.

Dieses Gutachten stammt, wie sich schon aus seinem Inhalt ergibt, aus der letzten Lebenszeit des Prinzen Eutoldp. Es enthält nichts von der unwürdigen ererbtenen Literatur, beispielsweise von dem Aufsatze des Berliner Rechtslehrers Anshütz in der „Börsen Zeitung“ und von den Beröfentlichungen Blochs, Wassermanns, Renners, Grauers. Innerhalb des kaiserlichen Staatsministeriums scheinen sich zwei verschiedene Meinungen gegenübergefunden zu haben. Die eine, von den Herren v. Hertling und v. Soden vertreten, ging dahin, daß die Verfassung die Voraussetzungen für die Kronfolge nicht erschöpfend regle, sondern durch die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 ergänzt werden, und der wegen forpfortlicher geistlicher Regenten Untauglichkeit der Regierungsfolge auszuwählen war. Prima Dies wäre mit dem König gemeint, die Krone wäre dem Prinzen Eutoldp im Jahre 1886 zuerfallen. Die andere Meinung, die von dem Prinzen Eutoldp selbst weiteres angefaßt, jetzt dem Prinzen Ludwig der lebhaftesten eine Proklamtion zu erlassen brauche, daß er kraft eigenen Rechts König sei und die Regierung als König führe. Das Gutachten des Justizministers vermißt die Anschauung. Die Verfassung, die halb hundert Jahre alt ist, habe die Anschließung eines geistig unmadeten, regierungsunfähigen Kronfolgers nicht bestimmt, also nicht gewollt; das Familienstatut, das ein Teil der Verfassung sei, habe als frühere Reichs Grundgesetz aufgehoben, also auch die Goldene Bulle; den Urtheilen der Verfassung sei sicherlich ein Präzedenzfall aus einem andern deutschen Staat — der Herzog von Oldenburg war geisteskrank, und für ihn wurde 1785 eine Regentchaft eingesetzt, die 1818 noch dauerte — bekannt gewesen; folglich hätte der Gekrönte, wenn er einen Geisteskranken von der Regierung ausschließen wollte, dies gesagt. Er hat es nicht gesagt, also mußte Prima Dies König werden. Dieser Anschauung hat sich die Mehrheit des Staatsministeriums angeschlossen.

Wenn aber der Prinzregent sich nicht einfach zum König erklären kann, wie soll dann der Regentschaft ein Ende gemacht werden? Daß für diese Aenderung ein Bedürfnis vorliegt, hebt das Gutachten mit starkem Nachdruck hervor:

Es ist kaum zu leugnen, daß der Uebergang der Krone auf einen dauernd regierungsunfähigen Nachfolger in natürlichem Empfinden widerstrebt; auch ist nicht zu verkennen, daß die Reichserbschaft nur für eine vorübergehende Verbindung des Throninhabers, nicht für eine unbändige und dauernde Verbindung desselben paßt. Endlich unterliegt es kaum einem Zweifel, daß eine dauernde Ausübung der Regierungsgewalt durch einen anderen als den Träger der Krone weder den Interessen des Landes noch außen und innen dienlich, noch im Interesse der künftigen Familie selbst und des Ansehens der

Unter diesen Umständen hat sich schon seit langem in Bayern mehr und mehr in den weitesten Volkskreisen die Ueberzeugung geltend gemacht, daß für Land und Königshaus die Beendigung des gegenwärtigen Zustandes ein Gebot dringender Nothwendigkeit ist."

Die Regierung hat mit den Parteien verhandelt. Die Führer der Liberalen vermieden auf dem Wege des Verfassungsgegesetzes „Auch aus der Mitte der Zentrumspartei“, so heißt es in dem Gutachten, „sind Aeußerungen verschiedener maßgebender Personen dahin laut geworden, daß eine Aenderung, wenn sie angänglich sei, nur auf dem Wege des Verfassungsgegesetzes möglich ersehe.“ Wenn sie angänglich sei! Das heißt, darüber herrschten im Zentrum noch Zweifel. Ob diese Frage rechtlich oder politischer Natur waren, wird nicht gesagt. Wichtig kommt in Betracht, daß § 21 Artikel II der Verfassungsurkunde bestimmt:

„Die Regentschaft dauert in den im § 9 bemerkten zwei Fällen (Minderjährigkeit und Verhinderung an der Ausübung der Regierung) im ersten bis zur Großjährigkeit des Königs und im zweiten, bis das eingetretene Hindernis aufhört.“

Ueber diese Vorchrift muß man hinweggehen, wenn die Regentſchaft bei Lebzeiten des Königs Otto beendigt werden soll. Ist aber eine Aenderung der Verfaſſung während der

Regentſchaft überhaupt zuläſſig? Ausdrücklich verboten iſt ſie nicht. Und Anſtalt hat an dieſer Stelle darauf hingewieſen, daß während der Regentſchaft des Prinzen Luitpold die Verfaſſung nicht weniger als achtmal abgeändert worden iſt und außerdem einen unangenehmen Julius durch das Landtagswahlgeſetz von 1906 erſetzt hat. Genau heißt es in dem vom bayeriſchen Staatsminiſterium geſtillten und veröffentlichten Gutachten, es könne, „nachdem während der Regentſchaft ſchon mehrfache Verfaſſungsänderungen vorgenommen worden ſind, der Zweifel als überwinden gelten, ob während der Dauer der Regentſchaft eine Verfaſſungsänderung zuläſſig iſt oder nicht.“

Professor Anshütz schlug eine in der Form der Verfassungsänderung zu erlassende Proklamation vor, des Inhalts, daß König Otto innegehabte Thron als erledigt zu betrachten sei, Prinz Ludwig als nächster Anwalt ihn zu bestigen habe und König Otto den Königtitel behalte, so als ob er dem Thron entlagt habe. Einen ähnlichen Gedanken hat das bayerische Staatsministerium errogen, aber schließlich verworfen, weil ein solches Geheiß „auf eine Enthebung des Monarchen hinausläufe, somit gegen den monarchischen Gedanken verstoße“. Das Ministerium gab einem andern Weg den Vorzug. § 21 Titel II der Verfassung soll folgenden Zusatz erhalten:

Sollte die Reichsverweisung wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Monarchen, das ihn an der Ausübung der Regierung hindert, eingetreten sein und nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht bestehen, daß der Monarch regierungsfähig wird, so kann der Regent die Regentchaft für beendet, den Thron als erledigt und die Thronfolge als eröffnet erklären. Der Landtag ist unverzüglich einzuberufen; es sind ihm die Urkunden, aus denen sich die dauernde Regierungsunfähigkeit ergibt, zur Zustimmung anzuweisen."

Damit werde in das monarchische Prinzip „nicht mehr, als bedenklichermaßen unbelangt notwendig ist“, eingegriffen, der Uebertritt der Krone erfolge daher auf den „Nachfolger von Seiten des Thronerben“, und die „Erfolgung des Königs durch den Thronerben“ werde „nicht durch irgendwelche, sondern durch die natürlichen Verhältnisse der Thronfolge“ bedingt. Nach demselben Grundsatz, nach welchem die „Erfolgung des Königs durch den Thronerben“ nicht durch irgendwelche, sondern durch die natürlichen Verhältnisse der Thronfolge bedingt ist, soll die „Erfolgung eines geisteskranken Königs nicht für eine Erbthronfolge, sondern für eine Krönung des monarchischen Prinzips halten, kommt die Formulierung wenig in Betracht. Die Hauptidee ist, daß die Regententhätigkeit auftritt und der normale Zustand hergestellt wird. Der eine wie der andere Vorschlag hat dasselbe Ergebnis.

Wenn es zu einer Vorlage an den Landtag käme, so würde das Gutachten deren Grundlage bilden; so heißt es in der Kundgebung des Staatsministeriums. Man es dazu kommt, scheint noch nicht festzustellen. In der Zentrumsrede herrscht keine Einmütigkeit. Herr v. Hertling läßt in seiner Partei nicht durchweg Unterstützung. Indessen manche Anzeichen sprechen dafür, daß die Klerikalen der Beendigung der Negativität leicht günflicher gegenüberstehen als im vorigen Dezember — vielleicht in der Hoffnung auf Gegenteile. Der Zufall zur Verfassung wie jede Veränderung bedarf in jeder Kammer einer Zweidrittelmehrheit, bei Unvereinheit von drei Zweiten, bei Vereinheit von zwei Dritteln. Von den 163 Mitgliedern der Zweiten Kammer gehören 87 dem Zentrum, 7 der konservativen, 31 der liberalen Partei, 30 der Sozialdemokratie und 8 dem Bauernbund an.

Da es gescheit war, die Frage „Regent oder König“ aufzuwerfen, wenn die Regierung auf seinen Erfolg rechnen konnte? Da es klug war, den Regenten zu seinem Schreiben zu veranlassen, worin er als seinen bestimmten Willen auspricht, daß zurzeit von Maßnahmen zur Lösung dieser Frage abgesehen werde, wenn noch nicht ein Jahr später diese Maßnahmen getroffen werden sollten? Zu jedem Falle wird es der unbefangene Zuschauer nur willkommen heißen, daß nicht erst dem Regenten als des Königsreichs Bayern Verweiser eine neue Billigkeit bewilligt, sondern Titel und Mittel des Königs überwiesen werden.

Wer die Macht ausübt, soll auch die Krone tragen. Mit dem Machthaber wird gerechnet, nicht mit dem Schattenkönig, der geisteskrank hinter Mauern ein trauriges Dasein fristet.

Wien, 14. Oktober. Einer amtlichen Verlautbarung über die Erhöhung des Rekrutenkontingents zufolge wird die Erhöhung auf 31 300 Mann festgelegt. Davon entfallen auf das Landheer 16 000, auf die Kriegsmarine 1500, auf die österreichische Landwehr 7800 und auf die ungarische Landwehr 5000 Mann. Diese Erhöhungen sind bedingt durch die dringende notwendige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der in den Grenzgebieten dislozierten Infanterie-Kompagnien, deren gegenwärtige Stärke vollkommen unzureichend ist, wie die Ergebnisse der jüngsten Test bewiesen haben.

Die ausnahmsweise erfolgten Entlohnungen in den letzten Monaten haben sich sowohl für die einzelnen Individuen als auch für die Nationen zu einem Vortheile für den Staat in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung erweisen; sie sollen daher in Zukunft unmöglich werden. Eine weitere Refutatorsentlohnung ist beibehalten worden. Die Sanierung der Stände der übrigen Waffengattungen und Vervielfachung der Feldartillerie, die heute bereits eine Lebensbedingung für die Armee ist, kann das Deutsche Reich verjagt über 70 bis 80 Prozent der Kosten von Deutschland und Ausland über 64 Prozent für die Franzosen, Belgier, Engländer, Amerikaner und Japaner aufgebracht werden. In den Nachbarstaaten hat man unterdessen keine Verheerung gemacht, während in der eigenen Armee selbst nach Durchführung der Maßnahmen zu ihrem Ausbau erst eine Friedensarmee erreicht

sein werden, die in den auswärtigen Staaten inzwischen schon eine neuzeitliche Erhöhung erfahren. In Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit mußte die Durchführung des neuen Organisationsprogramms auf mehrere Jahre verteilt werden. Die Erhöhung des Kontingents ist mit einer jährlichen Steigerung für einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren in Aussicht genommen. Die Militärvorstellung ging hierin bis an die äußerste Grenze dessen, was bei den gegenwärtigen außerpolitischen Verhältnissen im Interesse der Sicherheit der Monarchie noch verantwortet werden kann.

Wien, 14. Oktober. Wie die „Südslawische Korrespondenz“ aus Saloniki meldet, ist es bei Xanthi zwischen griechischen und türkischen Truppen zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Die Griechen haben die türkischen Abteilungen zurückgedrängt und Kojukli besetzt.

Konstantinopel, 14. Oktober. Die Demobilisierung hat heute in Grogli, Rodosto und Gallipoli, wohin Transportschiffe entsandt worden sind, begonnen.

Cetinje, 14. Oktober. Die Montenegriner haben die Albanesen auf der Linie Gusinje—Dschafowa zurückgeworfen und zersprengt und einige Stellungen besetzt. Einzelheiten über die Kämpfe fehlen.

Wien, 14. Oktober. Der rumänische Ministerpräsident Majorescu ist gestern mit Gemahlin hier eingetroffen. Der Zweck seines Wiener Aufenthaltes ist ausschließlich, für seine seit längerem Leidende Gemahlin hiesige Aerzte zu Rate zu ziehen.

Belgrad, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht unteres Korrespondenten.) Die Regierung hat unter dem Einfluß der Geldinflation beschlossen, das neue Gesetz vom 12. November ablaufende Moratorium nicht mehr zu verlängern. Angesehene Mitglieder der Regierungspartei, unter ihnen die früheren Minister Kapetanowitsch und Rastisa Petrovitsch, haben heute in Belgrad eine erste persönliche landwirtschaftliche Bank mit einem Kapital von 4 Millionen Dinar, geteilt in 40 000 Aktien zu 100 Dinar, gegründet. Außerdem ist die Gründung mehrerer Hypothekenverbände mit französischem Kapital in Vorbereitung.

Wien, 14. Oktober. (Wiener Drahtberichtsungs-
res. Korrespondenten.) Aus Venedig wird dem
„Neuen Wiener Tagblatt“ telegraphisch: In hiesigen
epirischen Handelskreisen hat man beifolgende, alle Han-
delsbeziehungen mit Italien betreffende, eine ge-
samtliche Epirus betreffende, der Regelung einer
allfälligen Grenze abzuweichen. Auf der Wiener öko-
nomischen Gesellschaft wird erklärt, daß von einem solchen
Entschluß, der sich gegen Oesterreich richten soll, nichts be-
kannt sei.

[illegible]

Zum Schluss fuhr der Kaiser im Automobil zum Amphitheater, er führte Gymnasiasten und Tugendvereine freilassend, so, für ein Kaiser war an Stelle der alten Kaiserloge eine kleine Tribüne errichtet worden. Gegen 4 Uhr verließ der Kaiser das Amphitheater und fuhr nochmals durch die Stadt, wiederum allenthalben beweiht, er fuhr jetzt zuletzt bei den neuen Kaisergebäuden vorüber nach Lier, wo der Kaiser im Schloß des Landwirtschaftsministers Dr. Frhr. v. Schorlemer-Lier Wohnung nimmt.

Bei der Rückkehr vom Amphitheater stieg der Kaiser nochmals auf dem Regierungspräsidenten ab, und nahm den Tee bei der